

REDEMANUSKRIFT

(es gilt das gesprochene Wort)

Lars Treusch
Grußwort Eröffnung „Vergessene“ Geschichte

Abendakademie Mannheim, 20. März 2019

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes heiÙe ich Sie ganz herzlich willkommen bei unserer heutigen Ausstellungseröffnung „vergessene“ Geschichte – politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland.

Zunächst möchte ich meinen Dank an Roland Schuster und Martin Hornung richten, die sich vor gut einem Jahr mit der Bitte an mich gewandt haben, die-se Ausstellung doch auch nach Mannheim zu holen. Diesem Wunsch bin ich gerne nachgekommen und habe mit der Abendakademie, namentlich Frau Dr. Kammer eine Kooperationspartnerin gefunden, die sich sehr schnell für das Thema gewinnen ließ.

Frau Dr. Kammer, ihrem Team und der Abendakademie gilt es deshalb ebenfalls Dank auszusprechen. Es freut mich, dass wir in Mannheim mit der Abendakademie eine Bildungseinrichtung haben, die sich auch vor kritischen und kontroversen Themen nicht scheut.

Eine solche Einrichtung wäre für jede Stadt eine Zier, für Mannheim mit seiner sehr vielfältigen Einwohnerschaft ist es geradezu eine Grundvoraussetzung.

Es ist nicht das erste Projekt, das wir gemeinsam gemacht haben und ich hoffe, es wird nicht das letzte gewesen sein.

Am heutigen Abend, sowie mit der Kulturveranstaltung am 3. April an gleicher Stelle werden wir uns einem Thema zu, welches für die Bundesrepublik kein Ruhmesblatt ist. Dies klar und deutlich zu sagen, ist gerade im Jahr des 70-jährigen Bestehens unseres Grundgesetzes leider notwendig.

Bis heute sind wir zu Recht stolz auf dieses Grundgesetz, doch im Umgang damit war man nicht zuletzt in der Zeit des „Radikalenerlasses“ äußerst fahr-lässig.

Lars-Christian Treusch
Geschäftsführer
DGB-Region Nordbaden

lars.treusch@dgb.de

Telefon: 0621 / 150 470 -11
Telefax: 0621 / 150 470 -15
Mobil: 0151 / 174 707 66

Hans-Böckler-Str. 3
68161 Mannheim

Beim Staatsdienst machten freie Meinungsäußerung und freie Berufswahl halt. Dächten wir dies weiter, wäre jegliche Kritik am eigenen Arbeitgeber ein Kündigungsgrund und damit vermutlich ein Großteil betriebsrätlicher Arbeit nicht mehr möglich.

Denn häufig äußert sich ein abweichendes Interesse eben in der Kritik am Bestehenden. Daran ist nichts radikal.

Aber wir müssen auch als Gewerkschaftsbewegung eingestehen, dass wir uns nicht leicht taten im Umgang mit den von Berufsverboten Betroffenen. Dies traf in erster Linie die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, doch auch andere machen es durch verfrühte und unbedachte Unvereinbarkeitsbeschlüsse staatlichen Stellen leichter, Menschen vom Staatsdienst auszuschließen.

Dennoch – oder vielleicht gerade deshalb – sind bis heute viele Betroffene gewerkschaftlich hoch engagiert und haben sich leider dann in Alternativberufen, aktiv in die Arbeitnehmerbewegung eingebracht. Hierfür gebührt ihnen unser aller Respekt. Ich kann mir kaum vorstellen, dass dies immer einfach war.

Doch was mich besonders stört an diesem Stück deutscher Geschichte ist etwas anderes:

Zur Zeit der jungen Bundesrepublik wurden nicht wenige ehemalige Mitläufer und sogar Täter aus der Zeit des Hitlerregimes an verschiedenen Stellen der Verwaltung untergebracht und konnten dort unbehelligt ihren Dienst verrichten. Dies blieb bis auf wenige Ausnahmen unwidersprochen.

Für viele Nachfahren der Opfer von damals, die den Idealen ihrer Eltern folgten und die sich politisch engagierten, gab es diese Zurückhaltung nicht. Ihnen wurde aufgrund von Gesinnungsprüfungen das Recht abgesprochen, im Staatsdienst eingestellt zu werden.

Bis heute ist dies nur unzureichend – oder auch gar nicht – aufgearbeitet und bis heute hat es hierfür keine Entschuldigung von offizieller Seite gegeben. Und das, obwohl zahlreiche Betroffene – in vielen Fällen auch dank ihrer Hartnäckigkeit und auch dank unseres heutigen Referenten Klaus Dammann – nachweisen konnten, dass sie zu Unrecht mit einem Berufsverbot belegt wurden.

Ich finde dies beschämend und hoffe, dass unsere Landesregierung die gerade begonnene historische Aufarbeitung auch dazu nutzt, die Betroffenen aus Baden-Württemberg zu rehabilitieren.

Besser spät als nie!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

durch den Staat handelt die Gesellschaft, denn wir sind der Souverän und wenn der Staat auf eine Weise handelt, die unseren Interessen widerspricht, dann müssen wir dies laut und deutlich artikulieren.

Die heutige Veranstaltung dient auch dazu, Sie alle dazu anzuhalten, sich zu engagieren. Nicht einfach geschehen zu lassen, sondern sich einzumischen.

Wir müssen Räume dafür schaffen und erhalten, in denen der Austausch möglich ist. Die sozialen Netze sind hierfür – so müssen wir leider immer wieder feststellen – denkbar ungeeignet.

Besser ist es, wir tauschen uns von Angesicht zu Angesicht aus. Und es muss ja nicht immer gleich ein politisches Thema sein, wie heute Abend. Auch das gemeinsame Hobby bringt einem andere Menschen näher und erhöht das Verständnis für andere Ansichten.

Wir befinden uns heute in einer Institution, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Menschen zusammenzubringen und gemeinsam ihren Interessen nachzugehen. Was könnte verbindender sein als zusammen eine Sprache, das Arbeiten am Computer oder Kochen zu lernen.

Das macht Spaß und ist doch so wichtig für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und deshalb möchte ich Ihnen allen dafür danken, dass sie heute Abend den Weg in die Abendakademie gefunden haben.

Wenn es Ihnen hier gefällt, dann nutzen Sie doch auch einmal das Baden-Württembergische Bildungszeitgesetz, solange es noch existiert. Es gibt Ihnen das Recht auf 5 Tage bezahlte Freistellung zu verschiedenen Bildungszwecken; ich kann nur empfehlen, davon Gebrauch zu machen, denn leider will ein Teil der Landesregierung es schon nach 4 Jahren wieder einschränken.

Doch nun genug der Worte von mir, wir hören nun Musik von Bernd Köhler und anschließend wird unser Referent Klaus Dammann seinen Vortrag halten.

Ich wünsche Ihnen viele neue Erkenntnisse.